

XXIII. GP.-NR
4037 /J
08. April 2008

ANFRAGE

des Abgeordneten Pilz, Freundinnen und Freunde
an den Bundeskanzler
betreffend Bert Nussbaumer

Der österreichische Staatsbürger Bert Nussbaumer ist für die US-„Sicherheitsfirma“ Crescent im Irak tätig gewesen. Er hat damit auf eigenes Risiko an bewaffneten Auseinandersetzungen teilgenommen und ist am 16. November 2006 entführt worden.

Ende März 2008 ist bekannt geworden, dass Nussbaumer von seinen Entführern ermordet worden ist.

Nach wie vor ist unklar, ob US-Behörden Verhandlungen zum Freikauf der Entführten verhindert haben. Die Kleine Zeitung zitiert dazu Mark Koscielski, den Freund eines der Entführten: "Wir hatten einige Chancen, die Geiseln zurückzubekommen, doch das FBI wollte nicht verhandeln." Koscielski hatte seit der Entführung vor gut 16 Monaten Lösegeld für einen Freikauf der Geiseln gesammelt. Das FBI soll aber Privatinitiativen der Familien verhindert haben. Wäre gezahlt worden, könnten die Entführungsoffer noch leben, zeigte sich Koscielski überzeugt."

Da nach wie vor unklar ist, ob die US-Behörden die österreichischen Behörden ausreichend informiert haben, stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

ANFRAGE:

1. Sind Sie bzw. Angehörige des Bundeskanzleramtes über Lösegeldforderungen im Fall „Nussbaumer“ informiert worden?
2. Wenn ja, wann zum ersten Mal?
3. Welche diesbezüglichen Informationen haben Sie vom BMEIA, vom BMI bzw. vom BMLV erhalten?
4. Welche diesbezüglichen Informationen haben Sie von Behörden der USA, des Irak oder anderer Staaten erhalten?
5. Wann ist Ihnen bekannt geworden, dass US-Behörden private Initiativen zum Freikauf der Entführten verhinderten?

- 6. Falls Sie nicht informiert wurden: Welche Folgen hat das für die künftige Zusammenarbeit mit den US-Behörden?
- 7. Von wie vielen Österreichern ist Ihnen derzeit bekannt, dass sie bei vergleichbaren „Sicherheitsfirmen“ in Krisenregionen beschäftigt sind?

12/11/11

  

